WIE TEUER IST UNS DIE ERHALTUNG DER TRADITIONELLEN KULTURLANDSCHAFT ?

Erich Gassner

I. Begriffliche Abgrenzung

Der Begriff der Kulturlandschaft kann in diesem Kreise als bekannt vorausgesetzt werden. Er beinhaltet – und hierauf kommt es in unserem Zusammenhang an – einen gewissen Gegensatz zur ursprünglichen Naturlandschaft, einer Landschaft, die in der Bundesrepublik Deutschland praktisch nicht mehr vorkommt.

Land- und Forstwirtschaft prägen unsere Kulturlandschaft und beanspruchen etwa 83 % der Landesfläche, d.h. im wesentlichen das, was wir als Freiraum bezeichnen. Die wichtigsten Gründe für die Erhaltung der Kulturlandschaft sind – ebenfalls – bekannt:

1. Land- und Forstwirtschaft bilden die Basis für die materielle Existenz eines Wirtschaftszweiges, der trotz des Rückgangs seines Beitrags zum Bruttosozialprodukt einen entscheidenden Stabilitätsfaktor unserer Volkswirtschaft darstellt. Insgesamt sind – nach Zahlen von 1972 – rd. 14 % der Wohnbevölkerung direkt oder indirekt, teilweise oder ganz von der Agrarproduktion abhängig.
2. Die gesamtstaatliche Bedeutung einer eigenen Land- und Forstwirtschaft für die Sicherung der Ernährung und lebenswichtiger Rohstoffe (insbesondere für Krisenzeiten) bedarf keiner weiteren Erläuterung.
3. Die Funktion der Kulturlandschaft im Hinblick auf Naturschutz und Landschaftspflege ist komplex und letztlich ambivalent. Zwischen Land- und Forstwirtschaft einerseits sowie Natur und Landschaft andererseits besteht ein Geben und Nehmen, das im Begriff der Nachhaltigkeit in ausgewogener Weise seinen Ausdruck findet.

In Bezug auf diese Janusköpfigkeit sei der positive Beitrag – auf die negativen Aspekte gehe ich später ein – der traditionellen Kulturlandschaft zur Struktur- und Artenvielfalt der Landschaft hervorgehoben, wovon u.a. auch die Erholungseignung der Landschaft profitiert. Daher ist es gerechtfertigt, einen Teil der staatlichen Förderung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung

der Agrarstruktur auch der Funktion der Landschaftspflege zuzurechnen, etwa im Bereich der waldbaulichen Maßnahmen. Allerdings läßt das Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe nicht zu, Maßnahmen, die *nicht* überwiegend der Agrarstrukturverbesserung, sondern der Erhaltung der Kulturlandschaft, der Landschaftspflege und der Erholungsfunktion der Landschaft dienen, im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe zu fördern. Derartige Aufgaben sind daher ausschließlich aus Landesmitteln zu finanzieren.

Bei diesen drei Komplexen, dem Individualbetriebswirtschaftlichen, dem national- und dem außerökonomischen soll es aus Zeitgründen sein Bewenden haben. Sie reichen m.E. aus, um die Dimension des Anliegens zu charakterisieren.

Im folgenden beschränke ich mich auf den Aspekt der Landschaftserhaltung, da es wohl nicht Ziel des Seminars ist, sich mit den Sorgen der Agrarpolitiker im Zeichen knapper Budgets zu befassen.

II. Kein Entwicklungsstopp für Land- und Forstwirtschaft

Wie teuer ist uns nun die Erhaltung der Kulturlandschaft? Diese Frage beziehe ich nicht auf die Bewahrung der Kulturlandschaft in just einem bestimmten Entwicklungsstadium, das durch den gerade erzielten Stand der Technik und Anbaumethoden in Land- und Forstwirtschaft geprägt wäre. Dies hieße zufällig – und damit willkürlich – einen Punkt in der geschichtlichen Entwicklung fixieren und perpetuieren zu wollen. Dazu neigen gerade Stimmen besorgter Repräsentanten von Naturschutzverbänden, die der fortschreitenden Agrarstruktur und -technik äußerst skeptisch gegenüberstehen und statt einer Intensiveren eine extensivere Produktionsform fordern. Diese glauben sie aber eher in kleineren (d.h. in Familienbetrieben) als in größeren Produktionseinheiten zu finden. Hier ist sicher nicht der Ort, auf diesen interessanten Fragenkomplex näher einzugehen. Wie in einer Gesprächsrunde zwischen unserem Ministerium und dem Deutschen Naturschutzring vorgesehen, werden die Zusammenhänge zwischen Betriebsgröße

und -form einerseits und die Erhaltung von Natur und Landschaft andererseits eingehend wissenschaftlich untersucht werden. Hier sei nur am Rande vermerkt, daß die Auswertung der Buchführungsergebnisse der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe für das Wirtschaftsjahr 1979/80 eindeutig ergibt, daß der Unternehmensaufwand in DM/ha LF mit zunehmender Betriebsgröße drastisch abnimmt (vgl. Agrarbericht 1981, Materialband, S. 181).

Worauf es in unserem Zusammenhang ankommt, hat der Gesetzgeber in Bund und Ländern m.E. sehr zutreffend niedergelegt. So fordert § 1 Abs. 1 BNatSchG, daß Natur und Landschaft so zu schützen, zu pflegen und zu entwickeln sind, daß

- die Leistungsfähigkeit des Naturnaushalts,
- die Nutzungsfähigkeit der Naturgüter,
- die Pflanzen- und Tierwelt sowie
- die Vielfalt, Eigenart und Schönheit von Natur und Landschaft

als Lebensgrundlagen des Menschen und als Voraussetzung für seine Erholung in Natur und Landschaft nachhaltig gesichert sind. Daraus folgt in Verbindung mit dem Gebot, alle Anforderungen der Allgemeinheit an Natur und Landschaft sachgerecht abzuwägen, daß die genannten fundamentalen Ziele jeweils in dem Rahmen (planerisch ausgedrückt: in dem Datenkranz) zu verwirklichen sind, der durch die legitimen Belange anderer Politikbereiche mitbestimmt ist. In diesen Rahmen gehört auch das Interesse der Allgemeinheit an einer nachhaltig leistungsfähigen Land- und Forstwirtschaft. Diesem Interesse kommt das Naturschutzziel der Erhaltung der Nutzungsfähigkeit der Naturgüter entgegen. Eine Naturschutzpolitik, die von der allgemeinen Politik ernst genommen werden will, wird daher nicht müde werden, vor allem im Rahmen ihrer Mitwirkungsplanung in anderen Fachbereichen, so auch im Agrarbereich, die existentielle Bedeutung der Naturschutzziele für den Fachbereich deutlich zu machen und - das ist der Punkt, auf den es ankommt - von Anfang an in der Konzipierung und Weiterentwicklung der Fachplanung durchzusetzen. Das setzt voraus, daß die Beiträge des Naturschutzes, das sind die jeweils verfügbaren Daten und ökologischen Erkenntnisse über Auswirkungen von Eingriffen etc., den Fachbehörden möglichst frühzeitig vorliegen, daß die persönlichen Kontakte zwischen den beteiligten Beamten funktionieren, daß der eine die Denkweise des anderen, seine Sachzwänge kennt und im Rahmen des Tolerierbaren respektiert.

Auf der Grundlage einer so verstandenen Zusammenarbeit muß aber der Amtsauftrag jeder Fachbehörde akzeptiert werden, die eigene Planung auf dem jeweils neuesten Stand der Erkenntnis zu halten. Folglich kann nicht verlangt werden, daß die Agrarpolitik in der Agrarstruktur und -technik einen Entwicklungsstopp zugunsten des Naturschutzes hinnimmt.

Worauf seitens des Naturschutzes hingewirkt werden kann, ist die Weiterentwicklung auch der Agrarpolitik, der Agrarstruktur und -technik in die richtige Richtung, eine Richtung, die auch von den Zielen des Naturschutzes mitbestimmt wird. Fortschritt muß nicht notwendig ein Wettrennen um die größten Zahlen, Dimensionen und Einheiten sein. Fortschritt ist nicht Entwicklung zur Gigantonomie, sondern zu optimalen, mit allen relevanten, berechtigten Erfordernissen abgestimmten Ergebnissen. In Bezug auf die Kulturlandschaft geht es somit nicht primär um deren traditionelle, überkommene Struktur, sondern um die gesunde Weiterentwicklung einer Struktur, die im Ergebnis auch ökologisch intakt ist. In dieser Zielsetzung ist die Forderung mitzuenthalten, einen ausreichend großen Anteil von sog. Restflächen zu sichern, die notwendig sind, damit sich die noch vorhandenen Wildpflanzengesellschaften und Tierpopulationen erhalten und fortentwickeln können und damit wenigstens zum Teil über ihren bisherigen Anteil hinauswachsen.

Fassen wir das bisher Gesagte zusammen, so kommt es auf die richtige Wertung und Inbeziehungsetzung aller betroffenen Belange, d.h. darauf an, in der Konkurrenz der Interessen den Wert insbesondere der Landschaftserhaltung sachgerecht zur Geltung zu bringen.

Dieser Frage wollen wir uns jetzt zuwenden.

III. Bewertungsaspekte und -prozesse

Auszugehen ist davon, daß der Staat für sein Tätigwerden an der richtigen Stelle und im richtigen Ausmaß immer wieder neu entscheiden muß, welcher Wert bestimmten Belangen und Gütern zukommen soll. Im politischen Alltag sprechen wir davon, daß Prioritäten zu setzen sind. Dieser Wertungsvorgang ist permanent; er reagiert auf die Daten und sonstigen Faktoren, die sich laufend ändern und konstituiert sich aus den zahlreichen Willensbildungsprozessen, die daraufhin in Gang kommen. Die Frage nach der Bewertung der Kulturlandschaft danach, wie teuer sie uns ist, ist eine Frage nach diesen Prozessen. Sie beleuchtet gleichsam modellhaft,

wie sich Wertungen zunächst im gesellschaftlichen Bereich bilden und über verschiedene Entwicklungsstufen, etwa unter der Mitwirkung von Parteien, zu staatlichen Prioritätensetzungen werden. Es findet also ein Entstehungsprozeß statt, der gleichsam von unten nach oben verläuft. Dies sei kurz verdeutlicht: Als Mitte des vorigen Jahrhunderts die Industrialisierung einsetzte, die Schornsteine kräftig zu rauchen anfangen und ein erheblicher Landverbrauch (z.B. für den Bau der Eisenbahn) seinen Anfang nahm, stellte sich die Aufgabe der Erhaltung der Landschaft gleichsam von selbst. Und es war nicht der Staat, der sofort eine Antwort gegeben hätte, sondern es waren zunächst betroffene, sensible und vor allem weitblickende Bürger und Verbände, die sich zum Heimat- und Naturschutz zusammenschlossen und öffentlich – für das Gemeinwesen – zum Ausdruck brachten, wie teuer, wie wertvoll eigentlich die Kulturlandschaft sein müßte, um ihre unverzichtbaren Funktionen richtig wiederzugeben. Erst ein halbes Jahrhundert später entstand in Danzig die erste staatliche Naturschutzstelle, die mit knappster personeller Ausstattung wiederum auf die tatkräftige und finanzielle Unterstützung der Bürger und Verbände angewiesen war. So teuer war dem Staat damals die Erhaltung der Kulturlandschaft.

Und heute, da der Landverbrauch und der Artenrückgang z.B. im Vergleich zur Entstehungszeit des Bundes Naturschutz in Bayern – 1913 – einen ungeahnten Umfang erreicht haben, sind heute Bürgerzusammenschlüsse und Verbände überflüssig geworden, weil ihnen durch die Setzung entsprechender staatlicher Prioritäten der Wind aus den Segeln genommen ist?

Wir würden uns die Sache zu leicht machen, jetzt all das auszuführen, was unter dem Stichwort "Vollzugsdefizit" im Naturschutz zusammengefaßt wird. Natürlich soll dieses Defizit nicht geleugnet werden. Es ist aber nützlicher, seinen Ursachen nachzugehen und Abhilfe zu suchen, als es zu beklagen. Die innere Logik unseres Themas weist uns insoweit auf einen weiterführenden Weg hin, als es die Frage nach der richtigen Bewertung der Landschaft stellt.

Ehe wir zur Frage des zweckmäßigen Handelns kommen, ist daher auf relevante *Wertungsaspekte* einzugehen:

1. Die objektiven Bedingungen haben sich zum Teil drastisch zuungunsten von Natur und Landschaft verschlechtert. Unzweifelhaft haben Landschaftsverbrauch

durch Bebauung und Landschaftsbelastung durch Immissionen erheblich zugenommen. Der Faktor Landschaft ist knapper geworden und knappe Güter steigen bekanntlich im Preis. Für Bauland trifft dies sicherlich zu. Die objektiv gegebene Verknappung und Verschlechterung der natürlichen Ressourcen muß aber auch im Hinblick auf den Schutz der Landschaft gegenüber staatlich genehmigten oder staatlich durchgeführten Eingriffen durchschlagen. Der Wert der durch Planungen beeinträchtigten Landschaft ist höher geworden. Die Schwelle des vertretbaren Zugriffs auf die Landschaft muß folglich höher angesetzt werden. Auch ist die rechtliche Absicherung des Landschaftswerts durch die moderne Naturschutzgesetzgebung umfassender geworden.

2. Im Verhältnis zu vergleichbaren Belangen, wie z.B. dem Kulturerbe, hat die staatliche Förderung des Naturerbes einen beachtlichen Nachholbedarf, obwohl doch gerade die Erhaltung der Natur allen Bürgern zugute kommt und von praktisch jedem in der einen oder anderen Weise genutzt wird, während Kulturinstitute wie Museen, Theater, Bibliotheken – so wichtig sie zu Recht sind – ebenso wie sportliche Veranstaltungen demgegenüber nach sicheren Erfahrungswerten nur von einem Teil der Bevölkerung in Anspruch genommen werden. Vor diesem Hintergrund ist die haushaltsmäßige Datierung der einzelnen Bereiche für deren Bewertung durch die Parlamente aufschlußreich.

So belaufen sich z.B. die Zuschüsse zur Förderung der Kultur, soweit es sich um eine repräsentative Vertretung des Bundes oder um die Wahrung von Belangen gesamtdeutscher oder internationaler Bedeutung handelt, auf rd. 183 Mill. DM im Jahre 1981. Und zur Förderung des Sports hat der Bund 1981 rd. 73 Mill. DM bereitgestellt. (Beträge, wie sie für die Olympischen Spiele 1972 aufgebracht wurden, degradieren alle Naturschutzfonds zusammen zu vernachlässigbaren Größen).

Diesen Beträgen gegenüber nehmen sich die Zuweisungen des Bundes zur Errichtung und Sicherung schutzwürdiger Teile von Natur und Landschaft mit gesamtstaatlich repräsentativer Bedeutung in Höhe von 5 Mill. DM im Jahre 1981 bescheiden aus.

In den Ländern dürfte das Verhältnis keineswegs günstiger sein.

3. Die personelle Ausstattung insbesondere der unteren Naturschutzbehörden, die häufig nicht einmal über eine fachlich – etwa in der Landespflege – ausgebildete Kraft verfügen, kontrastiert erheblich mit der Besetzung anderer Fachbereiche wie z.B. der Bauabteilungen. Es sind keine Einzelfälle, daß ein Beamter des gehobenen Dienstes etwa der Fachrichtung Bauwesen die Naturschutzangelegenheit mit-erledigen muß.

Die angeführten drei Aspekte führen zur Frage, wie die Bewertung der Landschaftserhaltung verbessert werden, was getan werden kann, um der Bedeutung der Landschaft für unser Gemeinwesen, für die Allgemeinheit, also ihrem wirklichen Wert gerecht zu werden.

IV. Handlungsvorschläge

Einen Weg, den Wert der Naturgüter zur Geltung zu bringen, hat der Gesetzgeber selbst gesehen, indem er für alle Eingriffe in Natur und Landschaft eine umfassende Abwägung aller betroffenen Belange vorschreibt. Soweit nicht einem Belang der Vorzug vor anderen eingeräumt ist – so etwa der durch Art. 2 Abs. 2 GG geschützten menschlichen Gesundheit vor dem Zweck der Wirtschaftsförderung – ist von deren grundsätzlicher Gleichrangigkeit auszugehen.

Das bedeutet für den Naturschutz, daß Eingriffe in Natur und Landschaft erst der Rechtfertigung bedürfen, ehe sie vorgenommen werden dürfen. D.h. der Gesetzgeber läßt nur solche Eingriffe zu, deren Nutzen den Wert der zu beeinträchtigenden Natur übersteigen. Das geplante Vorhaben muß von seinem gesellschaftlichen Wert her ein solches Gewicht haben, daß es die durch den Wert der Naturgüter ausgedrückte Schwelle zu überwinden vermag.

Verfahrensrechtlich ausgedrückt liegt die Beweislast beim Eingreifer. Kann er den Beweis der relativen Vorteilhaftigkeit seiner Maßnahmen nicht eindeutig führen, darf er die Maßnahme nicht vornehmen. Durch die Naturschutzgesetze ist anerkannt, daß die *Naturgüter als solche einen Wert* haben, der rechtlich geschützt ist. Sie müssen ihre Existenzberechtigung nicht erst beweisen. Allerdings sind sie nicht eingriffsfest. Ihre Unversehrtheit kann aber grundsätzlich nur durch ein höherwertiges Vorhaben überwunden werden. Die volle Tragweite dieser in § 8 BNatSchG und den entsprechenden Ländervorschriften enthal-

tenen Regelung – in Bayern ist dies der Art. 6 BayNatSchG – ist m.E. weitgehend noch nicht erkannt worden.

a) Der Wert der Landschaft kann im Abwägungsverfahren nur dann wirksam vertreten werden, wenn alle Möglichkeiten seiner Gewichtung ausgeschöpft werden. Eine dieser Möglichkeiten ist die Durchführung von Wirkungsanalysen i.S. einer gesamtgesellschaftlichen Bewertung, insbesondere von Nutzen-Kosten-Untersuchungen. Die insoweit vielfach zu beobachtende Scheu und die inneren Vorbehalte gegen alle Nutzen-Kosten-Untersuchungen erscheinen mir nicht berechtigt, ja sogar der Wahrnehmung der Naturschutzbelange abträglich. Natürlich können auch die Methoden der Nutzen-Kosten-Untersuchungen wie alle anderen mißbräuchlich verwendet werden. Richtig eingesetzt aber tragen sie dazu bei, Bewertungsvorgänge, insbesondere subjektive Wertungen, als solche kenntlich zu machen, in ihren einzelnen Schritten zu analysieren und dadurch rational nachvollziehbar zu machen. Sie gestatten es, die Ergebnisse auf ihre Empfindlichkeit gegenüber Datenänderungen und auf ihre Plausibilität hin zu diskutieren und damit in ihrer vielfältigen Abhängigkeit zu sehen. Mein Eintreten für die Wirkungsanalysen bedeutet kein Verkennen der Tatsache, daß es gerade im Naturschutzbereich eine Reihe von Werten gibt, die nicht quantifizierbar sind. Dieser Umstand steht einer Wirkungsanalyse jedoch keineswegs entgegen. Bewerten darf nicht mit Messen gleichgesetzt werden. Was meßbar ist, soll gemessen werden. Soweit dies nicht der Fall ist, ist es auf andere Weise zu gewichten; dadurch wird das vermieden, was man den reduktionistischen Charakter des Technischen nennt, nämlich die Reduktion auf meßbare Größen und damit auf Teilwahrheiten. Wesentlich ist die Einbeziehung *aller* relevanten Aspekte in die Wertung, und zwar in ihrer gültigen Zuordnung und Dimension. So verstanden, erhält die "Magie der Zahl" keine zu große Eigendynamik, sie ersetzt die Entscheidung nicht, sondern zeigt nur die Auswirkungen der einzelnen Alternativen auf, deren Auswahl dann im politischen Entscheidungsprozeß zu treffen ist.

Als ein Beispiel für die Projektbewertung sei das Vierkanten-System erwähnt, das neuerdings in den USA z.B. bei wasserwirtschaftlichen Vorhaben Verwendung findet. Danach werden die Wirkungen der Alternativen in je einem Konto analysiert und bewertet, und zwar für

1. die volkswirtschaftliche Entwicklung
2. die Umweltqualität
3. die Regionalentwicklung und
4. das soziale Wohlbefinden.

Die Werte der einzelnen Konten werden nicht zu einem Gesamtwert zusammengefaßt, so daß die Gefahr der Verfälschung des Ergebnisses durch die Umrechnung auf eine Dimension vermieden wird. Auch soll die Nullvariante, also die "nichtbauliche" Lösung als obligatorische Alternative stets untersucht werden.

Generell ist bemerkenswert, daß Nutzen-Kosten-Untersuchungen in Ihrem Rückgriff auf Befragungen sowohl von Experten der unterschiedlichsten Fachrichtungen als auch einer ausreichend großen Auswahl von Bürgern ein Mittel haben, die aktuellen Bewertungen der Praxis zu erfassen. Aus meinen Erfahrungen mit Wirkungsanalysen, d.h. gesamtgesellschaftlichen Bewertungen im Zusammenhang mit der Bundesverkehrswegeplanung 1980, kann ich nur hervorheben, daß deren Ergebnisse entscheidend mit dazu beigetragen haben, ökologisch bedenkliche Projekte, die schon die Landeskabinette passiert hatten, abzuwehren.

Auf die Rolle, die das Ergebnis der Nutzen-Kosten-Untersuchung bei der Diskussion um den Rhein-Main-Donau-Kanal spielt, sei nur am Rande hingewiesen.

Der Gesetzgeber war daher gut beraten, für Bund und Länder in § 6 Abs. 2 Haushaltsgrundsatzgesetz vorzuschreiben, daß für geeignete Maßnahmen von erheblicher finanzieller Bedeutung Nutzen-Kosten-Untersuchungen anzustellen sind.

Die Bedeutung der Abwägung behält auch im Bereich der Agrarstruktur ihre Bedeutung. Soweit agrarstrukturelle Maßnahmen Eingriffe darstellen, unterliegen sie der Rechtfertigungspflicht, allerdings, wie alle anderen Maßnahmen auch, nur dann, wenn die betreffende Maßnahme gestattungs- oder wenigstens anzeigepflichtig ist. Im Gegensatz zu einer Reihe von Ländern ist dies bei der Entwässerung von Feuchtgebieten in Bayern – noch – nicht der Fall.

b) Das bayerische "Feuchtgebietsthema" führt uns zur zweiten Gruppe meiner Handlungsvorschläge. Es ist gleichsam der ordnungspolitische Teil der gesetzlichen Regelungen, die den Schutz der Landschaft und damit deren Wert sicherstellen sollen. Nun würden wir der Sache gewiß keinen guten Dienst erweisen durch den Ruf nach möglichst dichter Normierung all dessen, was draußen in der Natur geschieht. Nicht nur

wurde die Natur stets auch als Raum der Freiheit empfunden, sondern es bestünde die akute Gefahr, daß sich der Unwille gegen ein Übermaß an Vorschriften auf die Sache selbst überträgt. Es gilt also auch hier, sorgsam zu gewichten. Die Naturschutzbehörden sollten den Mut haben, nicht mehr dringend nötige Rechtsvorschriften zu streichen, um den Fällen der echten Regelungsbedürftigkeit gerecht werden zu können.

In der Kürze sei auf Beispiele solcher Regelungsbedürftigkeit im Bundesrecht hingewiesen. Im Entwurf einer Novelle zum Pflanzenschutzgesetz sind Ermächtigungen vorgesehen, die Anwendung von Pflanzenbehandlungsmitteln auf ökologisch wertvollen Flächen zu untersagen und die Anforderungen an die Spritzgeräte zu verschärfen. In einer Verordnung über die Aufbringung von Klärschlamm sollen zum Schutz des Bodens und der Nahrungskette Höchstwerte für Schwermetalle im Klärschlamm und im Boden festgesetzt werden. Im übrigen soll die abfallrechtliche Ermächtigungsgrundlage für eine Verordnung über das Ausbringen von Gülle, Stallmist und Jauche dahingehend geändert werden, daß nicht der Bund primär eine Verordnung zu erlassen hat, sondern daß dies den Ländern freisteht, in deren Gebiet ein Bedürfnis für eine Regelung auftritt, also – wenn man will – ein Weniger an Normierung.

c) Ein weiterer Handlungsvorschlag, mit dem ich schließen will, ist die Wahrnehmung der Chancen, die in der Aufklärung und Beratung liegen. Der Naturschutz sollte nicht zögern, Land- und Forstwirtschaft beim Wort zu nehmen, daß sie in hohem Maße Naturschutz schon praktizieren – und weiterhin praktizieren müßten. Als Beispiel für die Aufklärung seitens des Bundes sei auf die Bemühungen zugunsten des integrierten Pflanzenschutzes hingewiesen.

So stellte der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten die Ergebnisse eines von der Biologischen Bundesanstalt in Braunschweig durchgeführten Modellvorhabens zur Anwendung von Herbiziden nach dem Schadensschwellenprinzip im Getreidebau vor. Dieses Vorhaben führte in den untersuchten Fällen zu einem durchschlagenden Erfolg des integrierten Pflanzenschutzes. Die diesbezüglichen Ergebnisse fanden in der Presse ein sehr gutes Echo und werden in der landwirtschaftlichen Diskussion weiterwirken. Die gleichermaßen ökonomischen und ökologischen Zielsetzungen des integrierten Pflanzenschutzes weisen einen Weg, der für die Erhaltung der Kulturlandschaft vielversprechend ist. Aufklärung und Beratung

sollten auch verstärkt genutzt werden, um der erholungssuchenden Bevölkerung den ökologischen Wert der Kulturlandschaft nahezubringen, zumal die Gefahren des Erholungsverkehrs für diese infolge der zunehmenden Freizeit noch wachsen dürften.

V. Schlußbetrachtung

Wenn es richtig ist, daß der Wert der Kulturlandschaft im Steigen begriffen ist, dann brauchen die Vertreter des Naturschutzes die Wahrheit nicht zu fürchten, dann müssen sie aber auch jede Gelegenheit wahrnehmen, ihre Argumente denen der um die Landschaft konkurrierenden Ansprüche entgegenzusetzen. Um nicht dem Übergewicht machtvoller Interessen zu unterliegen, müssen wir insbesondere alle Möglichkeiten ausschöpfen, die uns insbesondere die Wissenschaft, die bessere Erkenntnis bietet.

Es war daher folgerichtig, diese Fragen im Rahmen eines Seminars der Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege zu behandeln.

Anschrift des Verfassers:

Ministerialrat Dr. Erich Gassner
Bundesministerium für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten
Rochusstr. 1

5300 Bonn-Duisdorf

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Laufener Spezialbeiträge und Laufener Seminarbeiträge \(LSB\)](#)

Jahr/Year: 1981

Band/Volume: [8_1981](#)

Autor(en)/Author(s): Gassner Erich

Artikel/Article: [WIE TEUER IST UNS DIE ERHALTUNG DER TRADITIONELLEN KULTURLANDSCHAFT ? 9-14](#)